

mende Vergesellschaftung der Arbeit und wachsende Anonymität des Kapitals machen es nahezu unmöglich, Arbeiter und Unternehmer bzw. Kapitalvertreter im Roman miteinander zu verknüpfen, ohne daß die Handlung konstruiert erscheint.

Gluchowskis »Durchbruch«, den Bergbaubehörde, Unternehmer und Gewerkschaft bei seinem Erscheinen ausdrücklich begrüßen, während von der Grüns kritische Darstellung heftig abgelehnt wird, unterzieht Möbius einer scharfen Kritik. Er legt überzeugend die teilweise faschistoiden Züge des Menschen- und Gesellschaftsbildes bloß, das dieser Darstellung des Bergarbeiterlebens als Grundlage dient.

Christian Geisslers »Kalte Zeiten« hat – den Romanen von der Grüns und Gluchowskis gegenüber – den Alltag einer Arbeiterfamilie zum Gegenstand. In dieser komplexen literarischen Gestaltung werden die gesellschaftlichen Verhältnisse am Beispiel des sozialen Aufstiegsversuchs eines Baggerführers am umfassendsten vorgeführt. Dies gelingt Geissler mit Hilfe der Methode der Montage konträrer sozialer Bereiche. Eingehend beschäftigt sich Möbius mit den von Geissler eingebrachten Topoi der Arbeiterklasse, die historische Realitätserfahrungen bergen und einen immer noch hinreichenden Schutz gegen die vollständige Anpassung der Arbeiter an die Ideologie der Gesellschaft bieten. Kritisch wird das resignative Zurückbleiben des durchaus parteilichen Autors gegenüber der präzise beschriebenen Realität angemerkt.

Am Schluß seiner Arbeit weist Möbius auf die Grenzen der Wirkungsmöglichkeit dieser Arbeiterliteratur hin, die ihr von der bürgerlichen Öffentlichkeit gesetzt sind, an die sie sich – zum Teil widerwillig – wendet. Handlungsperspektiven können durch solche Literatur nicht gegeben werden; kollektive Praxis bleibt den privat bleibenden Lesern verschlossen. Ob der 1970 gegründete Werkkreis »Literatur der Arbeiterwelt« mit seiner gewerkschaftlichen Orientierung eine Perspektive eröffnet, läßt Möbius offen.

Man hätte sich im Rahmen dieser Studie noch ein kurzes Eingehen auf die mit Erika Runges »Bottroper Protokollen« einsetzende Gattung des Interview-Protokolls gewünscht; die von dieser Art der Literatur hergestellte kritische Öffentlichkeit ist allerdings weitgehend identisch mit der der anderen Gattungen, d. h. sie ist keine proletarische, sondern eine bürgerliche Öffentlichkeit.

Rolf Busch

Die Protokolle der Reichstagsfraktion und des Fraktionsvorstands der Deutschen Zentrumspartei 1926 – 1933, bearbeitet von Rudolf Morsey (= Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte bei der Katholischen Akademie in Bayern, Reihe A: Quellen, Bd. 9), Matthias-Grünwald-Verlag, Mainz 1969, IL, 690 S., Ln., 88 DM.

Heinrich Brüning. Reden und Aufsätze eines deutschen Staatsmanns, hrsg. von Wilhelm Vernekohl (†) unter Mitwirkung von Rudolf Morsey, Verlag Regensburg, Münster 1968. 358 S., Ln., 19,80 DM.

Detlef Junker, Die Deutsche Zentrumspartei und Hitler 1932/33. Ein Beitrag zur Problematik des politischen Katholizismus in Deutschland (= Stuttgarter Beiträge zur Geschichte und Politik, Hrsg. von Martin Greiffenhagen, Eberhard Jäckel und August Nitschke, Bd. 4), Ernst Klett Verlag, Stuttgart 1969, 248 S., Ln., 38 DM.

Klaus Breuning, Die Vision des Reiches. Deutscher Katholizismus zwischen Demokratie und Diktatur (1929 – 1934), Max Hueber Verlag, München 1969, 404 S., Pb., 24,80 DM.

Heinrich Brüning, Memoiren 1918 – 1934, Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart 1970, 721 S., Ln., 30 DM.

Mit der vorliegenden Edition der Protokolle der Reichstagsfraktion und des Fraktionsvorstandes der Deutschen Zentrumspartei 1926–1933 hat die seit ungefähr einem Jahrzehnt mehr und mehr intensiviertere Forschung zur Geschichte des politischen Katholizismus in der Weimarer Republik und während der Anfänge der nationalsozialistischen Diktatur einen weiteren markanten, wegweisenden Anstoß erhalten. Der Quellenfund, als Gemeinschaftsedition der Kommission für Zeitgeschichte bei der Katholischen Akademie in Bayern und der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien veröffentlicht, umfaßt die Zeit vom Januar 1926 bis zum März 1933. Er bereichert und vertieft infolgedessen nicht nur unsere Kenntnisse von der Periode nach 1929/30, auf die Fachhistorie und zeitgeschichtlich ambitionierter Journalismus in Darstellungen und Interpretationen der im Republikuntergang endenden politisch-sozialen Krise lange im wesentlichen konzentriert blieben, er leistet vor allem auch einen Beitrag zur wissenschaftlichen Erschließung der Jahre zuvor, die oft immer noch allzu leichtfertig als Teil der »Goldenen Zwanziger« deklariert werden, während die damals zutage tretenden oder sich anbahnenden Konfliktprozesse und die das Funktionieren der konstitutionellen Struktur bedrohenden Verhärtungen im Regierungs- und Parteiensystem eher eine Deutung nahelegen, die jene Periode als Vorgeschichte des Staatsverfalls begreift¹⁾. Bietet die Protokollsammlung einerseits viele neue Anregungen und Gesichtspunkte für ereignisgeschichtliche Darstellungen und spezifisch historische Analysen der ursächlich-motivischen Zusammenhänge, so ist andererseits ihr Wert auch für die politologische Forschung mit betont systematischen Fragestellungen nicht zu verkennen. Dies gilt namentlich für den Bereich von Untersuchungen intrafraktioneller Willensbildungs- und Entscheidungsprozeduren, unter besonderer Beachtung des Verhältnisses Vorstand – Gesamtfraktion und der Diskussion und vorbereitenden Festlegung politischer Verfahrensweisen im Parlamentsplenum. Viele Fragen schließen sich an wie die nach den Beziehungen zwischen Partei und Fraktion, nach der Repräsentation, Durchsetzungskraft und Ausbalancierung von Parteiflügeln bzw. Interessengruppen in der Fraktion, nach den Kontakten und Informationskanälen zwischen parlamentarischen Gremien und Regierung.

Die Protokolle, deren Überlieferung und Eigenart Rudolf Morsey in der Einleitung ausführlich beschreibt, sind natürlich nicht durchgängig von gleicher Dichte und Aussagekraft. Insbesondere viele der Niederschriften über Fraktionsvorstandssitzungen enthalten im wesentlichen nur Angaben über gefaßte Beschlüsse. In manchen Protokollen wird lediglich der Beratungsgegenstand genannt. Personaldebatten und Erörterungen über Stellenbesetzungen wurden ohnehin häufig als »vertraulich« erklärt und daher, wenn überhaupt, nur andeutend protokolliert. Aus der allgemeinen verfassungspolitischen Entwicklung resultierten zusätzliche Schwerpunkte und Einschränkungen: 620 der publizierten Niederschriften beziehen sich auf den Zeitraum zwischen Januar 1926 und Juli 1930, während die Tagungsperioden danach bis März 1933, in einer Zeit zunehmender Verfestigung des Regierungs- und Präsidialautoritarismus und rascher Abnahme von Macht und Einfluß des Reichstages, nur mit 132 Protokollen dokumentiert sind.

Für den Wissenschaftler, der sich speziell und gründlich mit Themen aus der Zentrumsgeschichte oder generell mit der Problematik von Staat und Parteien nach 1926 beschäftigt, werden jedoch nicht allein die vorab sehr ergiebig erscheinenden Texte,

¹⁾ Zu den Krisenanzeichen nach 1926 vgl. auch die weiter unten besprochenen *Brüning-Memoiren*.

sondern – im Quellenkontext – auch diejenigen Niederschriften, die lediglich Hinweise und knappe Feststellungen enthalten, von Gewinn sein. Zu solchen Themen gehören insbesondere: die Arbeit der beiden letzten Kabinette Marx; die wechselvolle Koalitionspolitik des Zentrums; die spannungsreichen Kontakte zwischen Zentrum und Bayerischer Volkspartei; Ausbruch und Verlauf sozialer Interessenkämpfe innerhalb von Partei und Fraktion, von dort weiterwirkend auf Regierung bzw. Koalition; wichtige legislative Projekte wie Reichsschulgesetz, Zollgesetz, sozial- und finanzpolitische Maßnahmen unter dem Druck der staatlich-ökonomischen Krise; jetzt wiederum auch – von einer breiteren und festeren Materialbasis her – die Entstehung²⁾, die Führungstechnik und die staatspolitischen Zielsetzungen der Regierung Brüning.

Die Annotation der Protokolle durch Rudolf Morsey ist eine optimale, bewunderungswürdige Leistung. Mit der auf subtile Recherchen vor allem in einschlägigen Archivalien, der zeitgenössischen Presse, der Literatur – unter Verwertung auch mündlicher Auskünfte – gestützten Erläuterung der Personen und angesprochenen politischen Vorgänge, Hinweisen auf die Umsetzung der Fraktionsarbeit in Ausschüssen und Plenum des Reichstages, auf gleichzeitige, voraufgegangene und nachfolgende Verhandlungen oder Entscheidungen innerhalb der Regierung und im Parteienfeld, auf Wirkungen in der außerparlamentarischen Öffentlichkeit sind dem Forscher umfassende, mannigfach nutzbare Orientierungshilfen geboten.

An einen größeren Leserkreis wendet sich der von Wilhelm Verne Kohl unter Mitwirkung Rudolf Morses herausgegebene Band mit Reden und Aufsätzen *Heinrich Brünings*. Diese Auswahl bringt repräsentatives Material für die Beschäftigung mit der Frage nach Bewährung und Rechtfertigung Brünings in seiner Zeit. Fast alle der abgedruckten Dokumente sind freilich schon an anderer Stelle veröffentlicht worden. Ausnahmen bilden die Rede vor dem Auswärtigen Ausschuss des Reichstages am 24. Mai 1932, die hier erstmals im vollen Wortlaut präsentiert wird, und einige Informationen aus dem Anhangteil »Biographische Zeugnisse«. Den Reden und Schriften – im einzelnen: Ansprachen vor Organen der Zentrumspartei, im Reichstag und, wie erwähnt, vor dem Auswärtigen Ausschuss, dann, nach 1945, in Chicago (»Der Staatsmann«), bei der Grundsteinlegung zum Wiederaufbau des Alten Münsteraner Rathauses, am Sarge des ehemaligen Reichsministers Dietrich und vor dem Düsseldorfer Rhein-Ruhr-Klub sowie dem Brief an Rudolf Pechel vom Jahre 1947 – wurden jeweils kurze, den Zusammenhang klärende Einleitungen vorangestellt; die Dokumente selbst sind zumeist knapp und übersichtlich annotiert. Von den Beiträgen prägen sich vor allem diejenigen zur nachträglichen Selbstrechtfertigung und politischen Begründung ein. Als besonders gehaltvoll erweist sich in dieser Hinsicht nach wie vor Brünings Vortrag über den »Staatsmann«, der autobiographische Reflexionen, Gedanken zur Politikergeneration nach dem Ersten Weltkrieg mit Elementen einer Typologie des politischen Führertums verbindet. Schließlich sei noch die Rede vom 2. Juni 1954 im Rhein-Ruhr-Klub zum Thema »Die Vereinigten Staaten und Europa« hervorgehoben, mit der Brüning in die aktuelle Diskussion um die Wiedervereinigungs- und Westintegrationsproblematik eingriff. Was damals die Gemüter im Regierungslager erregte, erscheint heute, nach siebzehn Jahren, nur mehr als

²⁾ Vgl. dazu vorher schon *Rudolf Morsey*, Neue Quellen zur Vorgeschichte der Reichskanzlerschaft Brünings, in: Staat, Wirtschaft und Politik in der Weimarer Republik, Festschrift für Heinrich Brüning, Hrsg. v. Ferdinand A. Hermens und Theodor Schieder, Berlin 1967, S. 207 ff.